



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 14. Januar 2026

5691. 2025/233

Interpellation von Andreas Egli (FDP), Martina Zürcher (FDP) und Dr. Frank Rühli (FDP) vom 11.06.2025:

Schutzbauten-Unterbestand in der Stadt, Hintergründe für die fehlenden Schutzräume, Ausmass des Unterbestands, allfällige Rüge der kantonalen Stellen, Gründe für die Untätigkeit der Stadt und mögliche Massnahmen sowie Erstellung einer Schutzraumzuweisung

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 3953 vom 3. Dezember 2025).

Andreas Egli (FDP) nimmt Stellung: Wir haben vorher eine Weisung behandelt, um bedrohte Minderheiten finanziell zu unterstützen. Der Grund dafür ist nicht zuletzt die unsichere Weltlage. Diese Weltlage ist mit dem Angriff von Russland auf die Ukraine nicht sicherer worden. Im Gegenteil wurde einem aufgezeigt, wie nah die Problematik an die Schweizer Grenze kommen kann. In diesem Zusammenhang stellten wir fest, dass es auf der Webseite der Stadt Zürich eine Seite für Schutzraumbauten gibt. Wir waren erstaunt, dass gewisse Informationen fehlten und reichten deshalb diese Interpellation ein. Die Antworten zeigen, dass in der Stadt Zürich im Moment 81 000 Schutzplätze fehlen. Dabei sprechen wir nur von jenen Schutzplätzen, die für die ständige Bevölkerung fehlen. Eine weitere Zahl, die bei mir Befremden auslöste: Seit dem Jahr 2018 wurden pro Jahr im Schnitt 350 zusätzliche Plätze geschaffen. In diesem Tempo bräuchten wir 240 Jahre, bis wir für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt einen Schutzplatz hätten. In den Antworten wurde darauf verwiesen, dass in den Budgets der Jahre 2013, 2016 und 2026 in Einzelpositionen Anträge abgelehnt wurden. Im Jahr 2013 stand man vorher mit den Finanzen relativ schlecht da und sagte, dass man es allenfalls zurückstellen könnte. Damals wurde ein Umbau einer Zivilschutzanlage in Schutzraumbauten abgelehnt. Dieser Antrag wurde aber später nicht neu eingebracht. Im Jahr 2016 ging es ebenfalls darum, eine Schutzraumbaute zu erstellen. Links-grüne Parteien wollten das nicht. Das Anliegen wurde später ebenfalls nicht mehr neu eingebracht. Für das Jahr 2026 haben wir zwei Kontrolleure, die hätten eingestellt werden sollen, nicht bewilligt. Diese Kontrolleure hätten Weinlager, Gummidichtungen, Werkbänke und Rost an bestehenden Schutzräumen bemängeln können. Alles Dinge, die man kurzfristig hätte beheben können, wenn es ernst geworden wäre. Was man hingegen nicht kurzfristig beheben kann, sind die fehlenden Plätze für die Bevölkerung im Krisenfall. Vor diesem Hintergrund stellt sich mir die Frage, weshalb die Bauherrschaften auf den 1. Januar 2026 einen grösseren Beitrag für die Schutzraumbauten bezahlen müssen, obwohl sie am



2 / 2

Schluss keinen Schutzraumplatz erhalten. Es sieht für mich nach einer Form von Betrug aus, wenn ich eine Schutzraumsersatzabgabe bezahlen muss, aber keinen Platz dafür bekomme. Ebenfalls befremdet mich, dass aus den Antworten nicht hervorgeht, dass es einen koordinierten Plan gäbe, wie man die Malaise beheben will. Man kann argumentieren, dass man weiterhin keine Notwendigkeit habe und der Meinung sei, dass es das nicht brauche. Oder wir sagen, der Kanton oder Bund sollen sich kümmern. Wir geben Geld für viele «Pläuschli» aus. Ich frage mich, weshalb man bei all diesen Schulhaus- und Turnhallenbauten keine Schutzraumbauten integrierte. Ich verstehe es bis zu einem gewissen Grad, wenn man in früheren Jahren sagte, dass es nicht das grösste Problem sei. Aber mir fehlt es an einem Konzept, wie man die 81 000 Plätze schaffen könnte.

Weitere Wortmeldung:

Martina Zürcher (FDP): *Ich bin überrascht, dass das Thema offenbar nicht nur bei der Stadtregierung, sondern auch beim Parlament nicht auf Interesse stösst. Ergänzend möchte ich auf den Punkt der Schutzraumzuweisung hinweisen. Die einen Gemeinden kommunizieren diese. Die Stadt Zürich tut es nicht. Damit haben wir kein grosses Problem. Aber der Stadtrat schreibt, die Stadt Zürich verfüge über «eine aktuelle und gültige Schutzraumzuweisung». Was ich in den Antworten nicht las und mich interessieren würde, ist, wie man die 81 000 Personen ausgesucht hat, die bei dieser Zuweisung keinen Schutzplatz haben. Ausserdem beziehen sich die 81 000 fehlenden Plätze wahrscheinlich auf die ständige Wohnbevölkerung. Wochenaufenthalter und Sans Papiers sind da noch nicht mitgezählt. Zusammengefasst müssen wir nicht Schutzräume kontrollieren, sondern erstellen. Das ist in der aktuellen Weltlage wichtig.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat